

## **Prinzip Hoffnung**

*Die GEW Gießen begrüßt grundsätzlich den Schulstart, äußert sich jedoch skeptisch zu den Bedingungen. Lehrkräfte und Eltern sind in Sorge. Schulleitungen werden überlastet. Digitalisierung schreitet nur schleppend voran.*

### **Umgang mit dem Coronavirus**

Die Infektionszahlen in Hessen steigen. Die Schulen haben geöffnet. Die GEW-Gießen zeigt sich skeptisch bezüglich dieser Schulöffnungen. „Zu wenig Vorgaben. Zu unvorsichtig. Zu viel Risiko!“, erklären Susanne Arends, Nina Heidt-Sommer und Oliver Klein. Sie erläutern: „Wie hat das Ministerium die Zeit der Sommerferien genutzt? Die Schulen werden weiterhin in vielen Punkten alleine gelassen.“ Darüber hinaus kritisieren die Vorsitzenden der GEW Gießen, dass die getroffenen Regelungen wenig geeignet sind, Übertragungen des Coronavirus einzudämmen. „Der Verzicht auf feste Gruppen in der Sekundarstufe sowie die fehlende Planung der Schulwege mit den Schulträgern können zu Ansteckungen mit dem Coronavirus in ganzen Schulgemeinden und darüber hinaus führen.“ Außerdem kritisiert die GEW Gießen Kultusminister Lorz für seine Botschaften bezüglich des Wegfalls des Abstandsgebots: „Es reicht gesunder Menschenverstand um zu verstehen, dass verstärktes Händewaschen kein Ersatz für fehlenden Abstand sein kann. Laut der virologischen ad hoc Kommission und des Robert-Koch-Institutes (RKI), das innerhalb und außerhalb der Unterrichtsräume einen Abstand von mindestens 1,5 Metern empfiehlt, ist jedoch Abstand entscheidend ist für den Stopp der Verbreitung des Virus“, erklären Arends, Heidt-Sommer und Klein. Dass der Hygieneplan des HKM zum Schulstart ausdrücklich darauf hinweist, sich als Bediensteter einer Schule „sorgfältig“ an die Vorgaben des RKI zu halten, gleichzeitig aber das Abstandsgebot negiert, ist völlig unverständlich.

Lehrkräfte haben während der Schulschließungen auf vielen Wegen versucht, das Recht auf Bildung zu gewährleisten, und es ist allen Lehrkräften wichtig, dass Schülerinnen und Schüler optimal lernen können. Deshalb vermissen Lehrkräfte Aktivitäten des Kultusministeriums, die Bedingungen des Unterrichts in den Schulen und digitalen Unterricht zu verbessern. Die GEW nimmt wahr, dass besorgte Lehrkräfte, aber auch besorgte Eltern verstärkt Kontakt aufnehmen und um Beratung bitten. „Das Vertrauen in die Kultusbehörde ist innerhalb der Lehrerschaft auf einem absoluten Tiefpunkt. Das Ministerium hat angesichts steigender Infektionszahlen auf einen Plan B verzichtet und keinen Stufenplan vorgelegt, bei welchem Infektionsgeschehen welche Maßnahmen für die Schulen ergriffen werden müssen. Ein Unterricht mit Abstand und besserem Homeschooling bei Erweiterung der Betreuung wäre möglich gewesen. „Was Digitalisierung betrifft, kam es erst in dieser Woche zu einer Aussage der Berliner Regierungskoalition. Das Land Hessen hat jetzt zwar angekündigt reagieren zu wollen, aber was ist im letzten halben Jahr passiert? Es scheitert an der Ausstattung vieler Schulen und vieler Kinder. Die Situation in diesem Bereich ist teilweise dramatisch“, ergänzen Arends, Heidt-Sommer und Klein. Sie verweisen darauf, dass in den besonders durch das Coronavirus betroffenen Regionen in Spanien eine annähernd flächendeckende Verteilung mobiler Endgeräte innerhalb weniger Tage möglich war.

### **Problematik in Grundschulen**

Die ohnehin schon angespannte Situation in den Schulen wird durch die Coronapandemie verschärft. In Schulen arbeiten mehr und mehr Beschäftigte als Lehrkraft, die über keine oder keine abgeschlossene Ausbildung verfügen. Dass der Lehrermarkt leer ist, ist Folge der Politik der Hessischen Landesregierung. Über Jahre wurden zu wenige Menschen für ein Studium der Lehrämter, insbesondere des Grundschullehramts, zugelassen. Hinzu kommt, dass Grundschullehrkräfte trotz gestiegener Anforderungen und gleichwertiger Arbeit mit den anderen Lehrämtern geringer besoldet werden. „Grundschullehrkräfte haben während der coronabedingten Schulschließungen intensiv und kreativ daran gearbeitet, Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Zu ihren Aufgaben zählt darüber hinaus – übrigens nicht erst seit dieser Zeit – in besonderer Weise auf das Wohl der Kinder zu achten. Ohne die besondere Fürsorge der Grundschullehrkräfte wären viele Kinder aus den Augen staatlicher Fürsorge gerutscht. Dass den Grundschullehrkräften immer noch keine Wertschätzung und

Anerkennung durch gleiche Besoldung zugestanden wird, macht in den Schulen viele Menschen traurig und wütend“, erklären die GEW-Vorsitzenden.

### **Schulleitungen oft überlastet**

Schulleitungen sind seit Beginn der Pandemie im Dauerstress. In den ersten Monaten der Schulschließung waren Schulleitungen im Dauereinsatz. Sie mussten teilweise an sieben Tagen in der Woche in der Schule anwesend sein. Die ständig neuen Anweisungen des Kultusministeriums, teils mit extrem geringer Vorlaufzeit, stellten die Schulleitungen zusätzlich vor große Herausforderungen. „Hier gingen Menschen auf dem Zahnfleisch. Dass vielen Schulen die Durchführung einer zweiwöchigen Ferienakademie angeordnet wurde führte dazu, dass Schulleitungen in den Sommerferien nicht den dringend benötigten Urlaub machen konnten. Schon die Osterferien waren für die meisten Schulleitungen durch Betreuungsangebote und organisatorische Arbeiten ausgefüllt. Statt die Schulleitungen, die kurzfristig zur Organisation der Ferienakademie verpflichtet wurden zu entlasten, war mit der Ferienakademie ein erheblicher, in Teilen überflüssiger Verwaltungsaufwand verbunden. Wieder wurde Verantwortung auf Schulen abgewälzt, anstatt klare Vorgaben des Kultusministeriums zu machen“, erklären die GEW-Vorsitzenden in Gießen. Sie befürchten, dass Schulleitungen aufgrund der absurd hohen Arbeitsbelastung bald ausfallen, wenn der Dauerstress so weitergeht.

### **Ausblick**

Auch wenn das Schuljahr jetzt aufgrund der außerordentlichen Anstrengungen der Schulen einigermaßen planvoll startet, befürchten die Vorsitzenden der GEW-Gießen, dass ein normaler Regelbetrieb nicht lange aufrechterhalten werden kann. Wie schon vor den Ferien gibt es in vielen Schulen Lehrkräfte, die der Risikogruppe angehören und nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können. Dass die hierdurch für den Unterricht fehlenden Stunden nach Maßgabe des Kultusministeriums nur zur Hälfte ausgeglichen werden, führt zu einer Ungleichbehandlung zum Schaden von Schüler\*innen und Lehrerkollegien, die massiv zu kritisieren ist. Dem Staatlichen Schulamt ist es ausdrücklich zu verdanken, dass teilweise deutlich mehr Stunden ausgeglichen werden als vom Ministerium vorgegeben wird.

Steigendes Infektionsgeschehen, coronabedingte Überlastung von Schulleitungen und Kollegien und halbherzige Vorgaben durch das Ministerium sind Probleme, die umso schwerer wiegen, da das Schulsystem in den vergangenen Jahren systematisch unterfinanziert wurde. Fehlende landesweite Vorgaben zur Digitalisierung, zu wenige ausgebildete Lehrkräfte und das Abwälzen der Verantwortung für Bildungserfolg auf die Schulen vor Ort zeigen die Probleme für alle erkennbar auf. Zu leiden haben Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nicht mal eben einspringen und Unterricht organisieren können. Zu leiden haben Eltern, die zu Recht Sicherheit in jeder Hinsicht bezüglich Bildung und Betreuung erwarten. Und zu leiden haben Lehrkräfte, die ihren Aufgaben aufgrund der schlechten Bedingungen trotz großem Engagement und großer Arbeitsbelastung nur teilweise nachkommen können. „Der Kultusminister hofft darauf, dass keine zweite Welle der Infektionen kommt. Über das Pandemiegeschehen bestimmt aber nicht der Kultusminister. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern hoffen, dass der Kultusminister die richtigen Entscheidungen trifft und einen Stufenplan vorlegt, ab wann vom Regelbetrieb in den eingeschränkten Regelbetrieb und notfalls auch ins Homeschooling zurückgekehrt werden muss. Dieser Plan muss untermauert werden mit technischer Ausstattung und technischen Formaten, die auch eine Beschulung auf Distanz ermöglichen.“, erklären Arends, Heidt-Sommer und Klein.